

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Vorstandssitz: Riesaer Tageblatt Riesa  
Jahreszeitung Nr. 22.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Kreisgauverwaltung, der Kreisgerichts-, der Umwaltschafft beim Kreisgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamtes Riesa und des Hauptamtes Wehlen.

Vorstandssitz: Dresden 1899  
Jahreszeitung Nr. 22.

Nr. 72.

Montagabend, 26. März 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/4 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Herausgabe, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder für die Summe des Ausgabenbetrages sind die 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Entnehmen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Gewöhnlicher Rabatt seitlich, wenn der Betrag verfüllt, durch Klage eingesogen werden muß oder der Ausstragende in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsbedingungen: Riesa. Umtägige Unterhaltungseinrichtungen — Gräßler an der Elbe. — Zu Hause hörbar Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Eindrücke des Betriebs oder der Dienststelle, der Verantwortung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Beseitigung oder Radikalisierung des Betriebs oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Schiemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Deutschland und der Raufzug-Schiffenfall.

Was den englischen Überredungsbürokraten nicht gelang, was der unaufhaltsame Fortmarsch der Kanton-Truppen nicht zu Worte kam, was die Einnahme Shanghais und die blutigen Räume in der Stadt nicht erreichten, das erzielte mit einem Schlag der blutige Zwischenfall in Nanking: Amerika erwacht aus seiner Sehnsucht in China und tritt an die Seite Englands. In dem allgemeinen Wirrwarr, der die Besetzung Nankings durch die Kanton-Truppen begleitete, wurden von irregulären chinesischen Banden und von dem chinesischen Mob, der sich in den Straßen zusammenruhte, einige Engländer und Amerikaner verwundet und getötet. Der amerikanische und der englische Oberbefehlshaber schickten gemeinsam eine Note ultimatischen Charakters an den Kanton-Vertreter, verlangten Garantien für den Schutz und die Sicherheit des Lebens und des Eigentums ihrer Staatsangehörigen, forderten eine unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen, widerholten die Kriegsschiffe das Feuer auf die Stadt Nanking eröffnen würden. Hierbei ist zu bemerken, daß durch die Satzungsänderung eines ganzen Stadtviertels in Nanking, eine Maßnahme, die die englische und amerikanische Truppenlandung "sichern" sollte, die neuen Bundesgenossen der chinesischen Bevölkerung bereits einen Vorwegmad davon gegeben haben, was sie unter einer "Beschleierung" verstecken.

Heute diesen Ereignissen in Nanking verdient aber eine ganz neue Erziehung dieses chinesischen Wirtschafts, in Deutschland beachtet zu werden. Weltöffentlich bemüht sich die englische Presse, die Vorfälle in Nanking und auch in Shanghai auf das Sensationelle auszubauen. Offenbar in dem Bestreben, hierdurch nicht nur die Weltöffentlichkeit, sondern auch sämliche Ausländer in China von der Notwendigkeit eines bewaffneten Vorgehens in China zu überzeugen. Wie stark die englische Propaganda bereits gewirkt hat, das geht aus den Tatsachen hervor, daß ein großer Teil der in Shanghai lebenden Ausländer sich dazu entschlossen hat, eine im schwüligen Taus gehaltene Dankadresse an die englische Regierung zu senden, die, wie es in dieser Aufführung heißt, "wieder einmal die Führung der ganzen zivilisierten Welt übernommen habe". Aufschlussend hat in den Kreisen, die diese Dankadresse propagieren, die Ablehnung sämlicher in Shanghai lebender Deutscher, dieses tendenziöse Telegramm zu unterschreiben, äußerst unangenehm gewirkt. Diese Missstimmung gegen die Deutschen in Shanghai ist ferner durch die an und für sich selbstverständliche Nachricht der in Shanghai erscheinenden amerikanischen Zeitung, nach der die deutsche Regierung beschlossen habe, keine Truppen nach China zu entsenden, aufs nachdrücklichste verschärft worden. Diese apt-deutsche Stimmungsmache in den englischen und amerikanischen Kreisen Shanghai entbehrt jeder tatsächlichen Begründung. Es ist völlig ausgeschlossen, daß das Reichskabinett einen solchen Beschluß, wie die amerikanische Zeitung ihn wahrschauen will, gefaßt hat, da kein Mensch in Deutschland jemals an die Möglichkeit einer deutschen Truppenentsendung nach China überhaupt gedacht hat. Sollten sich die in Shanghai lebenden Deutschen tatsächlich dazu entschlossen haben, ihre Untersturz unter das Danktelegramm zu verweilen, so wäre ihre Handlungswise nicht anders als selbstverständlich. Die Reichsregierung hat ihre unerschütterliche Neutralität allen Vorgängen in China gegenüber fundgegeben. Bis jetzt ist auch nicht einem der in China lebenden deutschen Staatsbürger auch nur ein Haar geschrümmt worden. Es besteht demnach also weder für die Reichsregierung noch für die Deutschen in Shanghai irgendwelche Veranlassung, aus dieser selbstverständlichen neutralen Haltung herauszutreten. Ebenso wie es das Bestreben der deutschen Kaufleute in China ist, mit den Angehörigen der fremden Nationen im Range in einem außen Einvernehmen zu leben, ebenso stark und unerschütterlich ist auch ihr Wille, die freundlichen Beziehungen, die sie mit ihren chinesischen Nachbarn pflegen, aufrechtzuerhalten. Der Aufregung, die in der nicht-deutschen Fremden-Kolonie Shanghai über die Haltung der Deutschen Platz macht, hat, wie man daher im Reich wenig Verständnis entgegenbringen können.

Im übrigen können diejenigen, die ihre Angriffe gegen Deutschland auf Grund der letzten Vorfälle in China richten, dessen daran tun, diese Vorwürfe an die eigene Abreite zu richten. Der Verfaßter Friedensvertrag hat dem Deutschen Reich seine sämtlichen Sonderrechte in China genommen. Deutschland hat in China keine Konzessionen und ist auch nicht mehr an den ungewöhnlichen Verträgen beteiligt, die die Souveränität Chinas einbüßten. Der Vertrag, der nach dem Kriege zwischen Deutschland und Peking geschlossen wurde, ist auf der Grundlage einer völligen Gleisüberrechnung der beiden Partner aufgebaut. Das natürlich bestagt, daß die fremden-freindliche Stimmung in China entschieden auf dem deutschen Volk und seiner durchaus chino-freundlichen Haltung basiert. Das gute Verhältnis zwischen Deutschland und China grundlos durch eine Parteiengrenzung für die Gegner Chinas zu führen, bleibt daher eine Politik treiben, die so idiotisch und funflos ist, daß man sie eigentlich keiner vernünftigen Regierung zumuten würde.

## Dankesagung des Reichswehrministers.

Berlin. Dem Herrn Reichswehrminister sind aus Anlaß des Todes seines Sohnes so viel teilnehmende Menschen von allen Seiten angegangen, daß es leider nicht möglich ist, jede einzelne sofort zu beantworten. Er bitte daher, seinen vorliegenden Dank auf diesem Wege entgegenzunehmen zu wollen.

## Die Überlastung des Reichstags.

### Erfste Sorgen des Reichsfinanzministers.

vda. Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde am Freitag der

#### Estat der allgemeinen Finanzverwaltung

beraten.

Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärte es verantworten zu können, wenn im Estat der Einnahmeausgaben um 270 Millionen auf 800 Millionen erhöht würde. Er hofft bestimmt, daß diese Summe bei Berücksichtigung der Gesamtfinanzlage wirklich auftreten werde, vorausgesetzt natürlich, daß nicht neue Krisen die Wirtschaft erschüttern.

Das Reichskabinett hat sich, so fuhr der Minister fort, auf den Standpunkt gestellt, daß das den Ländern und Gemeinden genehme Versprechen, ihnen vom 1. April d. J. ob die Erwerbssolatenfürsorge abzunehmen, eingehalten ist. Wir rechnen damit, daß das Erwerbssolatenversicherungsgesetz bis zum 1. Oktober d. J. in Wirklichkeit tritt. (Burk: Ganz unmöglich!) Wenn das unmöglich ist, so ist mir unerfindlich, wie die Reichsfläche ohne Erhöhung der Belastung die weiteren Belastungen tragen soll. Das Gesetz muss aufzuheben kommen. Wenn das Reich die Erwerbssolaten- und Arsenalfürsorge noch bis zum 1. Oktober tragen müßte, so bedeutet das für die Reichsfläche eine Belastung von nicht weniger als einer Billionsmilliarden Mark, und dazu kommt die Erhöhung des Bodenbesitzabzuges für die Beamten mit etwa 80 Mill. Reichsmark für die Invalidenversicherung 12 Millionen durch Erhöhung der Leistungen und Gehörsatz des Reichsanteils der Rentenempfänger, 70 Millionen für Kleinstreuer, weitere 25 Millionen und 21 Millionen für kleinere Bewilligungen in den Ergänzungsfeld. Weiter brauchen wir als Abschluß der Unterstützungen um, einschließlich des Ruhrentals noch einmal 30 Millionen und für den Grenzsonde eine weitere Erhöhung von 10 Millionen. Das gibt im ganzen einen Betrag von etwa 478 Millionen, ohne daß unmittelbare Deduktion dafür vorhanden wäre.

Beim Betreiben einer Ausbalancierung des Staats im Ordinarien mußte eine Erhöhung der festigen Steuern absolut ausbleiben. Vor allem blieb übrig eine Drosselung der Ausgaben, wodurch 60 Millionen gespart werden sollen, und dann soll der voraussichtliche Überschuss von 1926 in Höhe von 200 Millionen sofort in den Staats für 1927 eingekehrt werden. Außerdem bin ich entschlossen, die legale Reserve, nämlich den Betriebsmittelfonds, in Höhe von 100 Millionen in weitestem Umfang zur Befestigung des Defizits heranzuziehen.

für 1927 müssen wir uns dann einen Betriebsmittelfonds mit freiem Gelde schaffen, für das wir natürlich Kosten zahlen müssen. Mit dem obigen Verhältnis sind alle Überschüsse aufgebraucht und die Reserves bis zur höchst erlaubten Grenze eingesetzt. Die Situation muß auch dem Ausland gegenüber klargelegt werden, damit alle Zweifel darüber zerstreut werden, als ob eine Thesaurie-

runas- und Überschuss-Politik betrieben werde. Angesichts der Gesamtlage stimmen Sie gewiß mit mir überein, wenn ich sage, unsere ganze Finanzwirtschaft bedarf der äußersten Auskermbeit und der vorstünglichen Gedanken.

Die Reichsregierung ist entschlossen, die Frage einer Verabsicherung der Bezüge unserer Beamten und der Kriegsbeschädigten noch im Jahre 1927 zur Entscheidung zu bringen. Auch ich habe das größte Interesse daran, in die ganze Finanzlage des Reiches absolute Klarheit zu bringen durch Scheidung der Kompetenzen zwischen Reich und Ländern. Den festigen Aufwand des außerordentlichen Kriegsbiets ist entschlossen, auch weiterhin durch Auseiche zu decken.

Von dem Bedarf für 1926 sind 450 Millionen durch Auseiche und 100 Millionen durch Postkredit gedeckt. Ein Beitrag von 400 Millionen bedarf noch der endgültigen Deckung. Daum kommt ein Bedarf für 1927 in Höhe von über 500 Millionen, also im ganzen gegen eine Milliarde neuer Bedarf, wenn man Ueberdruck für 1926 und Betriebsmittelfonds nicht zur Verminderung der Auseicheschuld, sondern nur zur Abdeckung des Ordinariums verwenden. Angesichts dieser Zahl müssen auch im Extraordinarium Abzüge vorgenommen werden. 25 Millionen für den Betriebsmittelfonds der Spiritusmonopolverwaltung sollen fortfallen und durch Verlängsamung des Tempos der Renovierungen 25 Millionen abgesetzt werden, also insgesamt eine Verminderung des außerordentlichen Staats um 50 Millionen.

Ich lege deshalb so außerordentlich großen Wert darauf, daß gerade dieser Auseichedarf 1927 vermindert wird, weil eine neue Reichssteuer in nächster Zeit überhaupt nicht in Frage kommen kann.

Noch vertrauliche Mitteilungen über die Auseichen erläuterte der Minister, daß die Ressortbehörde wesentlich geringer liege als im Vorjahr am Ende der Zeit, einschließlich des Anteilebordes. Unsere Lage ist ernst. Es war mit den größten Schwierigkeiten verbunden, dem Ordinarium zur Balancierung zu verhelfen. Es stehen neue Ansätze vor, für die eine Deckungsmöglichkeit augenblicklich nicht vorhanden ist. Die Einnahmen sind auf die höchstsverantwortlichen Beiträge gebracht in der Hoffnung auf fortlaufende Besserung der Wirtschaftslage.

Auf eine Anfrage des Abg. Neß (Soz.) über die Streichung von 50 Millionen für produktive Erwerbssolatenfürsorge im Ordinarien erklärte Finanzminister Dr. Köhler die Streichung damit, daß dies Millionen seien, die trotz der Verstärkungshilfe bei der Langsamkeit der betreffenden Arbeiten im Staatsjahr nicht verwendet seien, und um die deshalb der neue Ansatz habe gekürzt werden können.

Abg. Neß (Soz.) erklärte, als Verantwortlicher nicht die Anträge der Regierungsparteien vertraten zu können.

Da die umfangreichen Anträge der Regierungsparteien noch nicht gedruckt vorlagen, wurde die Beratung über den Etar der allgemeinen Finanzverwaltung bis Montag unterbrochen.

## Das Finanzausgleichsgesetz erledigt.

Berlin. (Ausführlich) Im Steuerausschuß des Reichstags wurde heute das Finanzausgleichsgesetz in ampler Form im allgemeinen nach den Beschlüssen erster Berufung erledigt. Es bleibt also bei den Gemeindebelastungen und bei der Erhöhung der Biersteueranteile für die länderlichen Länder. Die allgemeine Gleichverteilung fällt ab 1. April fort.

Außerdem werden die Gemeinden zur Senkung der Realsteuern verpflichtet. Die Anträge der Oppositionsparteien zur Senkung der Einkommen- und Budersteuer sowie zur Erhöhung der Vermögenssteuer wurden zurückgestellt, bis sich übersehen läßt, welche Steuerentlastungen nach Ansicht des Finanzministeriums tragbar sind.

## Auswertungsergebnis im Rechtsausschuß.

vda. Berlin. Im Rechtsausschuß des Reichstages teilte der sozialdemokratische Abg. Landsberg mit, daß die sozialdemokratische Fraktion beschlossen habe, dem Abg. Dr. Welt, der nach Auflösung der völkischen Arbeitsgemeinschaft ohne Sitz im Ausschuß ist, einen ihrer acht Sitze an übertragen, ohne jede beiderseitige Bindung, also auch ohne die Verpflichtung, den Anträgen von Dr. Welt zugestimmen. Abg. Dr. Welt nahm das Anredelein mit Dank an.

In der Beratung der Ropelle zum Auswertungsgesetz wurde ein Antrag Dr. Idriess (Wirtschaft). (Vogel), die Binsen für aufgewertete Oppotheke ohne Rückicht auf den Zeitpunkt der Wiedereinführung erkt vom 1. Januar 1927 ab zu zahlen, abgelehnt.

Angenommen wurde dagegen ein demokratischer Antrag, statt des 1. Juli der Regierungspartei den betreffenden Zeitpunkt auf den 1. Jan. 1926 zurückzusetzen. Dieser Antrag war vom Reichsjustizminister Dreyfus sofort bestätigt worden, der geltend machte, daß viele Schulden nicht in der Sache sein würden, diese Binsen rückwirkend zu sein. Die Annahme des Antrags erfolgte mit 15 gegen

Stimmen. Dafür stimmten außer den Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten auch mehrere Mitglieder des Zentrums und der Vertreter der Bayerischen Volkspartei. Die Deutschen Nationalen und die Deutsche Volkspartei stimmten geschlossen gegen den Antrag.

## Zobes-Urtelle im Wilm-Brueck.

Berlin. (Ausführlich) Im Wilm-Brueck wurden die Angeklagten Fahrmann, Kappeler und Umholer wegen gemeinschaftlichen Mordes, der angeklagte Oberleutnant Schulz wegen Aufklarung zum Morde, zum Tode verurteilt. Die Angeklagten von Voer, Stalke und Bahnsius wurden freigesprochen.

## Gnadengesuch für die Verurteilten.

Berlin. (Ausführlich) Am Schlus seiner Urtelle berührte der Regierungsrat mit, daß das Gericht bestimmt habe, ein Gnadengesuch für die Verurteilten einzurichten.

## Untersuchung über die Flottenentfernung.

vda. Berlin. Im vierten Unterausschuß des Untersuchungsausschusses des Reichstages über die Ursachen des Zusammenbruchs wurden am Freitag von Ausschlagsmitgliedern und Sachverständigen an die in den vorigen Sitzungen vernommenen Zeugen Weber und Seeger eine Reihe von Fragen gestellt. Beide Zeugen verneinten die von einem Sachverständigen gestellte These, daß planmäßige Sabotage zur Zerstörung der Aktionsfähigkeit eines Schiffes im Jahre 1917 getrieben werden sollte. Wenn auch einige vielleicht daran gedacht hätten, würden diese im Ernstfall einen Zurückzieher gemacht haben". Auch betonten die Zeugen, daß eine politische Organisation vorgelegen habe. Sicherlich ist die Sache nicht allein wegen der schwachen Verbiegung vor sich gegangen, sondern man habe sich tatsächlich auch auf die Regierung dahin einzurichten, daß mit dem Kriege Schluss gemacht werde.